Art. 8, Erl. 6 a, b

Außer dieser Kontrolle gibt es eine solche des Posteinganges bestimmter Personen. Die Stellen 12 haben Listen von Personen, deren Post sie herauszusuchen und zu kontrollieren haben. Die Zusteller sind angewiesen, auf Beschwerden der Empfänger, weshalb Briefe offensichtlich verspätet zugestellt werden, zu antworten, daß sie hierüber keine Erklärung abgeben könnten¹³. Der strafrechtliche Schutz des Postgeheimnisses¹⁴ gilt nicht gegenüber dem Ministerium für Staatssicherheit. Ein verfassungsrechtlicher Schutz des Briefgeheimnisses ist nicht vorhanden.

6. a) Das Recht, sich an einem beliebigen Ort niederzulassen, also das Recht der Freizügigkeit, kann auf Grund der Verordnung über die Lenkung des Wohnraumes beschränkt werden. Der Zuzug in eine Stadt oder eine Gemeinde kann durch Beschluß des Rates des Bezirkes eingeschränkt werden, wenn »die Unterbringung von Arbeitskräften volkswirtschaftlich wichtiger Betriebe nicht mehr gewährleistet ist«¹⁵. Die Freizügigkeit innerhalb Deutschlands ist ferner durch die Änderung des Paßgesetzes vom 15. 9. 1954¹⁶ beschränkt worden. Nach § 8 a. a. O. in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 11. 12. 1957¹⁷ wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer ohne erforderliche Genehmigung das Gebiet der DDR verläßt und betritt oder wer ihm vorgeschriebene Reiseziele, Reisewege oder Reisezeiten oder sonstige Beschränkungen der Reise oder Reiseerlaubnis nicht einhält. Ebenso wird bestraft, wer für sich oder einen anderen durch falsche Angaben eine Genehmigung zum Verlassen oder Betreten der »DDR« erschleicht. Vorbereitung und Versuch sind strafbar. Vor der Änderung war das Verlassen oder das Betreten der »DDR« »nach dem Ausland« bzw. »aus dem Ausland« unter Strafe gestellt. Durch die Streichung dieser Worte wurde die Beschränkung des Auswanderungsrechtes (Art. 10 Abs. 3) ausgedehnt auf eine Beschränkung des Rechtes der Freizügigkeit innerhalb ganz Deutschlands.

b) Eine erhebliche Einschränkung der Freizügigkeit kann auf Grund der Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung vom 24. 8. 1961¹⁸ angeordnet werden. Demnach kann bei einer Verurteilung zu Freiheitsstrafe oder bei einer bedingten Verurteilung zusätzlich auf einer Beschränkung des Aufenthaltes erkannt werden, wenn »die Fernhaltung der Person von bestimmten Orten und Gebieten im Interesse der All-

13 Interner Bericht an den Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen

14 § 354 StGB in der Fassung des § 60 Gesetz über das Post- und Fernmeldewesen vom 3.4.1959 (GBl. I S. 365)

15 § 14 a. a. O.

16 GBl. S. 786

17 GBl. I S. 650

18 GBl. II S. 343